

Letzte Meldungen

Wilhelm Furtwängler in Wien: „Ich warte auf die Anklagen!“

Wien, 11. Februar (Sonderbericht). Professor Wilhelm Furtwängler, der vielleicht nach Toscanini der berühmteste Dirigent Europas ist und der im Augenblick Mittelpunkt einer persönlichen Untersuchung auf österreichischem Boden geworden ist, traf gestern spät am Abend von Salzburg aus in Wien ein und erklärte heute morgen im Büro der Wiener Philharmoniker: „Ich habe nichts zu sagen — Ich warte auf alle Anklagen.“

Furtwängler, der als ehemaliger preußischer Staatsrat vorübergehend Generalmusikdirektor der Berliner Staatsoper war, erklärte weiter, daß die Frage, ob er noch Chef der Berliner Philharmoniker sei, „im Augenblick nicht beantwortet werden könne.“

Die Schweiz, wo Furtwängler sich für etwa ein Jahr aufhielt, hat ihn nach Österreich ausgewiesen.

In Deutschland auf der Schwarzen Liste

Furtwängler kam nach Wien auf Einladung Dr. Egon Hilberts, um persönlich gegenüber österreichischen und alliierten Behörden Rede und Antwort für seine Tätigkeit und Einstellung während des Hitlerregimes zu stehen. In Deutschland steht sein Name auf der Schwarzen Liste und er darf in Deutschland noch nicht wieder dirigieren.

In Kreisen der Wiener Philharmoniker legt man Gewicht darauf, zu betonen, daß Wilhelm Furtwängler seit Jahren in innigster künstlerischer Zusammenarbeit mit dem Orchester steht, darauf sei auch sein Entschluß zurückzuführen, seinen ständigen Wohnsitz nach Österreich zu verlegen. Diese Absicht sei bisher nur durch die Kriegsergebnisse verhindert worden.

Von einer pro-nazistischen Haltung Furtwänglers sei schon darum nicht die Rede, weil der Künstler über seine ablehnende Stellungnahme

nahme niemals ein Hehl gemacht hat. Das ging so weit, daß er beim Anblick des mit Hakenkreuzfahnen geschmückten Musikvereinsrats sich vor einer Probe zu der Äußerung hinreißen ließ: „Die Fetzen müssen weg!“, was im Falle des Bekanntwerdens unabwehrbare Folgen hätte haben können. Außerdem sei Furtwängler stets für die durch die Nürnberger Rassengesetze benachteiligten Orchestermitglieder eingetreten, so daß diese bis zum Schluß des Naziregimes tätig sein konnten.

Charakteristisch für die Einstellung des neutralen Auslandes war ein Vorfall, der sich vor einigen Jahren in dem damals gewiß nicht mehr deutschfreundlichen Schweden abgepielt hat. Das in Stockholm veranstaltete Konzert der Wiener Philharmoniker wurde nicht nur von der königlichen Familie, sondern sogar auch von den Gesandten der mit Deutschland im Krieg befindlichen alliierten Mächte besucht. Diese Tatsache wurde allgemein als eine für die Selbständigkeit Österreichs sprechende Kundgebung angesehen. Die Philharmoniker meinten, daß eine solche Kundgebung nicht möglich gewesen wäre, hätte man gegen Furtwängler Mißtrauen gehabt.

Die Überprüfungs-kommission

Wie wir erfahren, setzt sich die zur Beurteilung des Falles Furtwängler eingesetzte Kommission unter anderem aus Bundesminister Dr. Hurdus, Ministerialrat Dr. Hilbert, Minister a. D. Pernter, den Sektionschefs Dr. Nagy und Dr. Zellwecker, Stadtrat Dr. Matejka und dem Präsidenten der Bühnengewerkschaft Aurel Novovny zusammen.

Die von dieser Kommission ausgearbeitete Begutachtung wird der Alliierten Kontrollkommission vorgelegt, die dann die endgültige Entscheidung fällen wird.

Prominente Amerikaner über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß

Washington, 11. Februar (AND). Harald Judson, ein leitender Beamter im Justizministerium, Charles A. Horsky, der Vertreter Richter Jacksons in Washington, und Francis Russell, stellvertretender Leiter des Informationsdienstes im Außenministerium, sprachen in einer Rundfunksendung über das Thema „Der Faschismus vor Gericht“.

Russell erklärte, daß ein ganzes politisches und soziales System vor Gericht stünde.

Harald Judson hob hervor, daß der Nürnberger Prozeß als eindrucksvolle

Demonstration der Idee der Gerechtigkeit,

wie man sie in demokratischen Ländern aufzufassen zu betrachten sei. Die Vereinigten Staaten hätten die Aufgabe zu beweisen, daß das Nazitum eine ungeheure großangelegte Verschwörung darstelle und daß die angeklagten Einzelpersonen und Organisationen sich schuldig gemacht haben. Zu der Ansicht, daß das Ergebnis des Prozesses schon längst feststehe, sagte Horsky, daß letzteres nicht der Fall sei und daß die Entscheidung des Gerichtes lediglich

auf den Ergebnissen der Verhandlung beruhen werde.

Hinsichtlich seiner etwaigen Kritik, daß man den Angeklagten gestatte, vom Gerichtssaal aus noch einmal zu einer internationalen Zuhörerschaft zu sprechen, erklärte Horsky: „Es ist vielleicht schwer einzusehen, aber die Angeklagten müssen die Gelegenheit haben, sich zu verteidigen, und ich glaube, wir können sicher sein, daß sich das Gericht nicht als Propagandaausschuß mißbrauchen lassen wird.“ Auf eine diesbezügliche Frage erwiderte Judson, daß vor dem Internationalen Gerichtshof nach dem jetzigen Prozeß wohl kaum noch andere Fälle zur Verhandlung kommen würden. Es werde jetzt in Nürnberg das Verfahren für die Behandlung von Kriegsverbrechern festgelegt und man könne seiner Ansicht nach die restlichen Prozesse gewöhnlichen Militärgerichten übertragen.

Abschließend sagte Judson: „Ich glaube, der Prozeß in Nürnberg bezeichne den Punkt, wo Mord und Plünderung, Sklaverei und mutwillige Zerstörung nicht nur als ungesetzlich erklärt, sondern auch tatsächlich durch eine internationale Behörde bestraft werden.“

Erich Maria Remarque: „Deutschland muß seine volle Schuld büßen!“

New York, 11. Februar (AND). Erich Maria Remarque, der berühmte Verfasser des Buches „Im Westen nichts Neues“, weist in einem Bericht an eine amerikanische Militärbehörde darauf hin, daß man den Deutschen ihre Kriegsschuld vor Augen führen muß, um sie auch wirklich umzuerziehen. Er sagte: „Es ist wichtiger, ständig darauf hinzuweisen, daß Hitler den Krieg begann, als Bilder aus den Konzentrationslagern zu zeigen, die die Deutschen ohnehin als Fälschungen abtun.“

Die meisten Deutschen standen hinter Hitler, alle er die deutschen Minderheiten dem Reich eingliederte. Aber man muß ihnen vor Augen führen, daß Hitler, statt das Sudetenland einzugliedern, die ganze Tschechoslowakei in Besitz nahm und beim Einmarsch in Polen nicht nur die Minderheiten zurückführte, sondern voll-

kommen von dem Programm, das er selbst einst gutgeheißen hatte, abwich.

Die Deutschen glauben weiterhin an die Unbesiegbarkheit ihrer Soldaten und behaupten, daß Deutschland nur der Überlegenheit des Materials und der feindlichen Kriegsproduktion unterlegen sei. Man kann jedoch durch einen Hinweis auf ihre beschränkten Hilfsmittel sie darauf hinführen, daß der deutsche Generalstab die unvermeidliche Niederlage Deutschlands wegen seines ungenügenden Rüstungspotentials hätte voraussehen müssen. Dem deutschen Volk muß klarwerden, daß es entschieden ein Fehler war, so erklärte Remarque. Deutschland in dieses Abenteuer hineinzuführen, da es infolge seiner geographischen Lage immer den kürzeren ziehen wird.

100 Mill. Dollar für die Juden in Europa

Amerika plant großzügiges Hilfsprogramm

Detroit, 11. Februar (AND). In einem Bericht der „New York Herald Tribune“ wurde gestern ein Programm zur Unterstützung und Ansiedlung der 1.400.000 überlebenden Juden in Europa veröffentlicht, das bei der Generalversammlung des Rates des Jüdischen Bundes und der Hilfsfonds vorgelegt wurde.

Die amerikanischen Juden werden zunächst aufgefordert, in einer Sammlung von 100 Millionen Dollar beizusteuern.

Nach dem Programm würden dann folgende Vorkehrungen getroffen werden:

Unterstützung und Wiedergutmachung für mehr als 300.000 Juden, die in Frankreich, den

Niederlanden, Belgien und Italien bleiben. Unter ihnen befinden sich 20.000 Kinder, meist Waisen.

Erweiterte Hilfe für die Juden in den Lagern für Displaced persons in Deutschland und Österreich.

Notstandsbeihilfe für die Juden, die in Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei bleiben.

Auswanderungshilfe für verschleppte und andere heimatlose Juden Europas, die nach Palästina oder nach den Vereinigten Staaten wollen. Fürsorge, Aufnahme und Schulung

neuer Auswanderer nach Palästina. Aufbau und Erweiterung der Siedlungen in Palästina. Unterstützung der verschleppten Personen, die in die Vereinigten Staaten einwandern dürfen, so daß sie nicht dem Staat zur Last fallen, sowie Schulung der Neuankömmlinge zur Umstellung auf die amerikanische Lebensweise.

Neuer Staatssekretär im US-Marineministerium

Washington, 11. Februar (AND). Der Präsident legte dem Senat gestern die Ernennung W. John Kennneys als Staatssekretär im Marineministerium vor.

Paris demonstriert gegen Franco-Spanien

Paris, 11. Februar (AND). Gestern, am zwölften Jahrestag des demokratischen Sieges über den faschistischen Stavisky-Putsch, kam es in Paris zu lebhaften Kundgebungen gegen Franco-Spanien. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge durchzog die Boulevards. Der Vorbeimarsch am Place de la Republique dauerte dreieinhalb Stunden.

Unter der Menge befanden sich Offiziere, Mitglieder der Widerstandsbewegung, ehemalige politische Häftlinge und Zwangsverschleppte, auch Verwundete, Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialisten, Mitglieder der Jugendverbände und Studenten, die sich trotz des schlechten Wetters von der Kundgebung nicht abhalten ließen. Sprechchöre riefen „Hängt Franco“, besonders als eine Gruppe spanischer Emigranten die spanische republikanische Flagge hob. Man konnte Hunderte von Transparenten mit der Inschrift sehen: „Brecht die diplomatischen und Wirtschaftsbeziehungen zu Franco ab.“

Energetische Säuberung auch in Japan

Tokio, 11. Februar (AND). Die japanische Regierung schloß am Samstag als Folge von General MacArthurs Erlaß, der die Besetzung von Ämtern durch Anhänger imperialistischer Tendenzen verbietet, fast neun Zehntel der gegenwärtigen japanischen Parlamentsmitglieder von der Kandidatur bei den allgemeinen Wahlen am 31. März aus. Dies geht aus dem Bericht von Lindsay Parott an die „New Yorker Times“ hervor. Die Anordnung wurde nach einer Sondersitzung des Kabinetts bekanntgegeben.

Parott zufolge „zerstört sie fast vollkommen die Pläne für die wahlfeldige aller großen politischen Parteien Japans und läßt ein weites Tor für vollkommen neue Kandidaten offen, die früher nicht mit dem Unterhaus des japanischen Reichstages verbunden waren“.

Ausgeschlossen von der Bewerbung für den Reichstag wurden nach offizieller Auslegung, die innerhalb einer Woche durch einen kaiserlichen Erlaß mit Gesetzeskraft ergänzt werden soll, alle Mitglieder des japanischen Unterhauses, die im Jahre 1942 auf Vorschlag der Regierung Tojo gewählt wurden. Dadurch scheiden bereits 378 von 466 Mitgliedern des Parlaments aus.

Auf der Grundlage des alliierten Befehls, daß nationalsozialistische Gesellschaften aufzulösen sind, nannte das Kabinett zu den von den Alliierten ursprünglich angegebenen 27 Gesellschaften weitere 119, die in diese Kategorie fallen. Diese werden aufgelöst werden.

Nürnberger Prozeß als Lehrgegenstand

Berlin, 11. Februar (AND). In Berlin hat die Alliierte Kommandantur beschlossen: Berliner Lehrer, die als Beobachter nach Nürnberg geschickt werden, sollen in den höheren Schulklassen die wesentlichen Fragen des Nürnberger Prozesses als Lehrgegenstand behandeln.

Generalstreik in Dänemark

Kopenhagen, 11. Februar (AND). Als Protest gegen die Änderung des Todesurteils gegen einen Dänen, der der Zusammenarbeit mit den Deutschen während der Besetzung angeklagt war, brach der Generalstreik aus, durch den Transporte aufgehoben wurden und die Nachmittagszeitungen in Kopenhagen nicht erscheinen konnten.

Gewalttätigkeiten wurden nicht gemeldet. Viele Restaurants waren geschlossen und Straßenbahnen blieben stehen, die Arbeiter der Schiffbauindustrie, der Brauereien und praktisch alle Geschäftszweige, außer Lebensmittelgeschäften, verließen ihre Arbeitsplätze.

Der Streik ist der Protest gegen die Abänderung des Todesurteils gegen Olaf Klagenberg durch eine höhere Gerichtsinstanz. Klagenberg wurde von einer niederen Instanz zum Tode verurteilt, weil er für die Deutschen als Spitzel arbeitete und Mitglied einer deutschen Polizeitruppe, die aus Dänen bestand, war. Die höhere Instanz änderte Klagenbergs Todesurteil in zehn Jahre Gefängnis um.

Luise Meitner ausgezeichnet

Washington, 11. Februar (AND). Luise Meitner, der in Österreich geborenen Atomwissenschaftlerin, die vor kurzem aus Schweden nach den Vereinigten Staaten kam, um sich dort für ständig niederzulassen, wurde am Samstagabend auf dem Jahreshankett des Klubs weiblicher Journalisten der Titel „Frau des Jahres“ verliehen. Unter den 600 Gästen befand sich auch Präsident Truman.

Die Präsidentin des Klubs, Bess Furman, eine Korrespondentin der „New York Times“, erklärte bei der Übergabe der Ernennungsurkunde an Frau Dr. Meitner: „Wir stehen schauernd an der Schwelle des Atomzeitalters.“

Die Höhe Warte sagt: Kühles Westwetter



Der heutige Wetterbericht der Zentralanstalt für Meteorologie lautet:

Über Mitteleuropa ist der Luftdruck am Sonntag sehr stark angestiegen. Der Kern des Tiefdruckgebietes liegt heute über Südskandinavien. Die Winde haben in Österreich auf West gedreht. Im nördlichen Österreich ist es bei leichten Schneefällen in den Alpen vorwiegend bewölkt, südlich der Alpen ist es wechselnd bewölkt. Die Morgentemperaturen liegen im größten Teil Österreichs um den Gefrierpunkt.

Wetteraussichten: Heute nachmittag bei lebhaften Westwinden und starker Bewölkung Temperaturen in niederen Lagen meist über dem Gefrierpunkt. Nachlassen der Niederschläge nördlich der Alpen. Morgen bei westlichen bis nordwestlichen Winden, wechselnde Bewölkung. Südalpen heiter bis wolkenig. Temperaturen wenig verändert, vor allem in den Alpenländern vielfach leichter Nachtfrost.

Spannung in der Streiklage Amerikas

New York, 11. Februar (AP-AND). Die Streiklage in den Vereinigten Staaten nahm gegen das Wochenende eine günstige Wendung, nachdem mit den 25.000 streikenden Elektroarbeitern der „General Motors Corporation“ und den 7000 Arbeitern der Western Union in New York, welche der CIO angehören, eine Regelung eingetreten ist. Die Belegung des Streiks der Elektroarbeiter in fünf verschiedenen Werken wurde gemeinsam von den „General Motors“ und von James Matles, dem Leiter der Organisation der vereinten Elektro-, Radio- und Maschinenbauarbeiter, bekanntgegeben. Das Abkommen wurde durch kollektive Lohnverhandlungen erzielt und sieht eine Erhöhung des Stundenlohnes von 18 1/2 Cent vor.

Auswachenrichten

Vereinigte Staaten. Die Panamerikanische Luftfahrtgesellschaft wird in Kürze den Luftverkehr zwischen New York und Kalkutta wieder aufnehmen.

Kanada. Der kanadische Minister für Wiederaufbau, C. D. Howe, hat angekündigt, daß die Produktionsstätten, die zu einer raschen Ingangsetzung einer Erzeugung von Rüstungsmaterialien notwendig seien, so instand gehalten werden würden, daß Kanada seinen Verpflichtungen der UNO gegenüber nachkommen könnte.

Frankreich. In Paris wurde ein Plan zur Erneuerung der französischen Handelsmarine veröffentlicht. Nach diesem Plan wird die Gesamttonnage der Handelsflotte bis zum Jahre 1955 auf 4,5 Millionen Tonnen erhöht werden.

Deutschland. John Hynd, Kanzler des Herzogtums Lancaster und Leiter des Amtes für die Angelegenheiten der Kontrollkommission für Deutschland und Österreich, erklärte, daß in Deutschland nicht nur Deutsche, sondern auch viele Hunderttausende unschuldiger Opfer aus verschiedenen Ländern leben.

Brigadegeneral Frank J. MacSherry, der Leiter der Abteilung für Arbeitseinsatz bei der amerikanischen Militärregierung, ist der Ansicht, daß die Wiederaufrichtung der deutschen Gewerkschaften unter geeigneter Überwachung ein bedeutender Beitrag zur Schaffung einer wahren Demokratie in Deutschland leisten könnte.

Überschwemmungen haben vorübergehend alle Eisenbahnverbindungen zwischen Frankfurt am Main und Berlin und Bremen unterbrochen. Das Hochwasser folgte auf einen Regen, der zwei Wochen lang andauerte. Der Eisenbahnverkehr über die Brücken der Fulda und Werba, östlich von Kassel, ist eingestellt.

Tschechoslowakei. Präsident Eduard Benesch empfing eine Abordnung sudetendeutscher Glasarbeiter, welche ihn ersuchten, diese Industrie vor der Ausweisung der Sudetendeutschen auszunehmen.

Ungarn. Der Bürgermeister von Budapest erklärte, daß in Ungarn ein eines von vier neugeborenen Kindern an Unterernährung stirbt.

Italien. Der stellvertretende italienische Ministerpräsident Pietro Nenni gab bekannt, daß die gesetzgebende Versammlung am 26. Mai zusammentreten wird.

Der italienische Ministerpräsident erklärte, daß die kürzlich vorgenommenen Herabsetzungen der italienischen Rationen, deren Nährwert auf täglich 700 Kalorien pro Person verringert

Holland. Die allgemeinen Parlamentswahlen und die Wahlen in die Provinzvertretungen und Gemeinderäte werden zwischen dem 17. und 24. Mai stattfinden.

Polen. Eine Abordnung der Untersuchungskommission für Palästina ist in Warschau eingetroffen, wo sie von Außenminister Rzymowski empfangen wurde.

Ägypten. Kundgebungen der nationalsozialistischen Studenten gegen die Briten und den ägyptischen Ministerpräsidenten Mahmud Noqrachy Pascha nahmen einen ernsten Verlauf. Ein Student wurde getötet.